

Verpuffte Forderungen

Die Gemeinde Thundorf bereitet sich auf ihre historische Versammlung über den Windpark vor. Unverständnis gibt's über Amlikon-Bissegg.

Samuel Koch

Es graut ihm nicht vor der alles entscheidenden Gemeindeversammlung, auch wenn er sich fragt, wie diese im Mai mit erwarteter Rekordbeteiligung über die Bühne gehen soll. Es geht um die Abstimmung über die Nutzungsplanänderung, womit in Thundorf in einem ersten wegweisenden Schritt zumindest raumplanerisch der Weg frei wäre für den Bau eines Windparks. Gemeindepräsident Dani Kirchmeier sagt nicht ganz bierernst: «Wir gehen sicher in die Geschichtsbücher ein.»

Ernst hingegen nehmen Kirchmeier und seine Gemeinderatsmitglieder die Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung. Denn der geplante Windpark mit derzeit acht möglichen Windturbinen spaltet die Gesellschaft, nicht nur in der Standortgemeinde. Zuletzt hat sich in der Nachbargemeinde Amlikon-Bissegg Unmut breit gemacht. Sowohl der dortige Gemeindepräsident Thomas Ochs als auch ein Grossteil der Einwohner in den nahe gelegenen Orten Wolfikon und Strohwilen fordern ein Mitspracherecht (diese Zeitung berichtete).

Unverständnis da, Rückendeckung dort

In Thundorf stösst das auf Unverständnis, wie Gemeindepräsident Kirchmeier ausführt. Er betont: «Ich verstehe das Tamtam nicht.» Es gehe bei der Abstimmung im Mai lediglich um die kommunale Zonenplanänderung, notabene in der Gemeinde Thundorf und nicht in Amlikon-Bissegg.

Über das Projekt, das der Gemeinderat Thundorf seit jeher geschlossen befürwortet, sei die benachbarte Behörde bereits vor Jahren informiert worden.



Eine der knapp 200 Meter hohen Windkraftanlagen (Gesamthöhe inklusive Rotorblättern) im deutschen Verenafohren. Bild: Samuel Koch

Damals habe aber niemand aus Amlikon-Bissegg mit den Thundorfern das Gespräch gesucht. Zudem habe der Grosse Rat dem Richtplan Windenergie längst zugestimmt. Rückendeckung erhält der Thundorf Gemeinderat von ennet des Sonnenbergs. Der Gemeinderat Stettfurt unterstützt das Windprojekt ebenfalls, «weil es uns in der Stromproduktion unabhängiger macht und Windenergie hilft, die Stromlücke im Winter zu füllen», schreibt der Stettfurter Gemeinderat im Mitteilungsblatt «A-Z». Dem Gegenwind aus Amlikon-Bissegg kann er indes nichts abgewinnen, er meint: «Es wiederholt sich also wieder einmal das, was man oft hört: Ich bin schon dafür, aber bitte nicht bei mir.» Diese Haltung verstehen wir nicht.»

Der Thundorfer Gemeinderat habe sich schon früh positioniert und daher eine Vorreiterrolle übernommen. Die Thundorferinnen und Thundorfer, die dem Windpark positiv gestimmt seien, «nehmen diese mächtigen Produktionsanlagen vor der Haustüre in Kauf und leisten so einen direkten Beitrag an eine umweltschonende und heimische Stromproduktion, die uns allen zugutekommt», heisst es in der Mitteilung weiter. Das verdiene Anerkennung.

Trotz Unkenrufen aus Amlikon-Bissegg kümmert sich Dani Kirchmeier lieber um die Geschehnisse in seiner Gemeinde, wo Gegner und Befürworter verbal die Klängen kreuzen. An der Gemeindeversammlung im Juni haben Gegner des Windparks mehrere Anträge gestellt und allesamt durchgebracht. So muss der Gemeinderat die Bevölkerung drei Monate vor der wegweisenden Abstimmung schrift-

lich orientieren und einen Monat davor Vertragsinhalte preisgeben. Dazu sagt Kirchmeier: «Es gibt ja laufend Informationen, und mit dem Öffentlichkeitsprinzip sind ja sowieso alle Verträge einsehbar.» Darum machen diese Anträge aus seiner Sicht keinen Sinn. Der Forderung nach einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung kommt der Gemeinderat eher nicht nach. «Das war nur ein Wunsch», sagt Kirchmeier. Und die Frage nach einer getrennten Abstimmung Nutzungsplanänderung Wind von der restlichen Ortsplanungsrevision verletze wohl geltendes Recht, meint er, ehe es die Gemeinde zuerst noch von Juristen prüfen will.

Die zuletzt von den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) publik gemachten Entschädigungen begrüsst Kirchmeier. So fliessen laut Mo-

«Ich verstehe das Tamtam nicht.»



Dani Kirchmeier
Gemeindepräsident Thundorf

dell 2,5 Prozent des jährlichen Windpark-Umsatzes in der Gemeindekasse, weitere 2,5 Prozent an die betroffenen Grundeigentümer, und nochmals 2,5 Prozent gehen in einen Fonds für Thundorf und die nächstgelegenen Nachbargemeinden.

Rund vier bis fünf Steuerprozente

Vom Jahresumsatz von bis zu 5,2 Millionen Franken entspräche die Gesamtentschädigung jährlich bis zu 390 000 Franken. Kirchmeier sagt: «Es ist nicht nichts, immerhin kommt alleine der Beitrag für die Gemeinde Thundorf rund vier bis fünf Steuerprozente gleich.» Mit diesem Geld könne sich die Standortgemeinde sicher etwas mehr leisten, auch wenn sich der Gemeinderat nicht des Geldes wegen für die Windkraftanlage ausgesprochen hat.

Das EKZ treibt derzeit seine gestartete Umweltverträglichkeitsprüfung voran, deren Resultate im Januar vorliegen sollen. Mediensprecher Christian Schwarz betont, dass die Standorte und Anzahl der Windturbinen nicht in Stein gemeisselt seien. «Je nach Resultaten braucht es entsprechende Nachbesserungen», meint er. Das betreffe Themen wie Lärm, Schattenschwurf oder Vogelschutz. Neu sitzen auch Vertreter aus Amlikon-Bissegg in der Begleitgruppe, die laut Schwarz «als Scharnier zwischen Bevölkerung und dem Windprojekt» fungiert. Die angekündigten Entschädigungen bezeichnet er indes als nicht machtscheidend. Allerdings sei die Beteiligung immer klar und naheliegend gewesen. «Es braucht Anlagen, die für alle verträglich sind», sagt Schwarz.

Juristische Frage über Betroffenheit

Zu den Forderungen aus Amlikon-Bissegg meint er, dass die Vorabklärungen des Kantons seit Jahren sowie der kantonale Richtplan mit Eintrag Windenergie vom Grosse Rat 2020 und vom Bundesrat 2021 genehmigt wurde. «Wir suchen uns die Standorte nicht aus, sondern entscheiden nach Ausschlusskriterien», sagt er und meint raumplanerische Vorgaben, genügend Wind, Grundwasser oder Lärmverträglichkeit.

Über allfällige Einspracheberechtigungen von Betroffenen aus den Nachbargemeinden will er sich indes nicht aus dem Fenster lehnen. Bei allfälligen Baugesuchen nach der Thundorfer Abstimmung könnte die Betroffenheit über Gemeindegrenzen hinaus entscheiden, ob jemand einspracheberechtigt ist oder nicht. Aber Schwarz betont: «Ich bin kein Jurist.»